



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Blicke auf die politische Lage in auswärtigen Fragen : 3.
Coalitionsgerüchte.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Blicke auf die politische Lage in auswärtigen Fragen.

3. Coalitionsgerüchte.

Nicht das am wenigsten bedeutsame Symptom in dem letzten Stadium der türkisch-montenegrinischen Grenzberichtigung war die mit der Stellung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns übereinstimmende Haltung Frankreichs in dieser Angelegenheit. Ein Berliner Telegramm des Wiener „Fremdenblatts“ wollte diese Erscheinung damit erklären, daß in der letzten Zeit eine Annäherung zwischen Frankreich und dem österreichisch-deutschen Bunde stattgefunden habe. Dieselbe habe sich einerseits darin kund gegeben, daß die drei Mächte Anstand genommen, Gladstones gewaltsame Politik zu unterstützen, andererseits dadurch, daß sie der Pforte ernstliche Vorstellungen betreffs der Abtretung Dulcignos gemacht hätten. Zwar werde der Erfolg dieser Vorstellungen ein Vorgehen Englands und Rußlands vielleicht nicht verhüten, aber die Interessen Frankreichs im Mittelmeere, die durch ein solches Vorgehen geschädigt werden könnten, würden gewiß in dem österreichisch-deutschen Einverständnis eine wirksame diplomatische Stütze finden. Das hieß mit andern Worten ungefähr: Frankreich erblickt bei seiner gegen den Einfluß Englands im Mittelmeere gerichteten Politik an dem deutsch-österreichischen Bunde einen natürlichen Alliierten, und es wäre nicht unmöglich, daß der letztere seinen diplomatischen Einfluß zu Frankreichs Gunsten in die Waagschale würde, wenn England eine die Interessen des letzteren im Südosten bedrohende Action weiter verfolgen sollte.

Wir haben Ursache, anzunehmen, daß diese Betrachtung wahres enthält; denn schon im April (Grenzboten, Nr. 17, S. 133) durften wir auf Grund bester Information in einem Artikel über das neue englische Ministerium, der von der gesammten europäischen Presse beachtet und commentiert wurde, sagen: „Je mehr England sich Rußland näherte, desto weiter würde es sich nicht bloß von seinen eigenen Interessen im Morgenlande, sondern auch von Frankreich entfernen. Es entstünde dann im Orient eine Combination, welche die dortigen französischen Interessen bedrohte, die wesentlich andrer Art sind als die russi-

sehen einerseits und die britischen andererseits. Es wäre keineswegs unmöglich, daß Frankreich sich dann nach andern Freunden umsehe und dabei auch frühere Feinde nicht verschmähte. Nichts weniger als undenkbar wäre es, daß es in jenem Falle zu einer Verständigung zwischen Paris, Wien und Berlin käme.“

Diese Gedanken haben noch jetzt ihre volle Berechtigung, wenn auch eine förmliche Coalition Frankreichs mit den beiden verbündeten Kaiserreichen sicher noch nicht so nahe ist, als im Interesse des Friedens zu wünschen wäre und von manchem vielleicht geglaubt wird. Daß auch sie unter der angegebenen Voraussetzung möglich sein würde, leidet keinen Zweifel. Daß Frankreich eine Republik ist, steht ihr nicht im Wege, und der Wunsch, sich für die Niederlage von 1870 und 1871 zu rächen und die dabei erlittenen Verluste wett zu machen, mag sich zwar einem Bündnisse mit Deutschland jetzt noch entgegenstellen, man mag in weiten Kreisen Frankreichs den Frankfurter Frieden noch als bloßvorläufigen Abschluß der Kriegsperiode, nicht als Grundlage und Beginn eines neuen, dauernden Zustandes betrachten, dadurch ist aber nicht ausgeschlossen, daß die Franzosen einmal und vielleicht bald den Vorschlägen kühler Vernunft und nüchternen Politik den Vorrang vor unfruchtbaren Gefühlsregungen einräumen und dabei einsehen werden, daß ihre Interessen im Süden und Südosten und eine Förderung derselben durch Deutschland und Oesterreich-Ungarn schwerer wiegen als eine etwaige Wiedereroberung von Elsaß-Lothringen. Wer hätte nach 1866 für möglich gehalten, daß Oesterreich eine so innige Verbindung mit dem deutschen Reiche eingehen könnte, als sie bald nachher vom deutschen Reichskanzler ins Auge gefaßt und später zu Stande gebracht wurde?

Ein Wiener Blatt veröffentlichte vor kurzem angeblich aus der Feder eines deutschen Reichstagsabgeordneten stammende Andeutungen über Verhandlungen, die zwischen dem Fürsten Bismarck und dem französischen Botschafter am Berliner Hofe stattgefunden und den Zweck gehabt haben sollten, ein Bündniß zwischen Frankreich, Deutschland und Oesterreich-Ungarn vorzubereiten. Diese Nachricht wird in der Gestalt, in welcher sie austrat, schwerlich richtig sein. Aber ein Körnchen Wahrheit kann ihr zu Grunde liegen. Auf alle Fälle lassen die Gedanken, auf Grund deren verhandelt worden sein sollte, sich hören.

In der That haben, während die drei Großmächte Mitteleuropas sich seit Jahrhunderten wiederholt befehdeten, Ströme von Blut vergossen und den Wohlstand ihrer Völker nach längeren oder kürzeren Pausen immer von neuem schwer schädigten, und zwar meist um eines verhältnißmäßig kleinen Landstreifens willen, Rußland und England sich mit weit geringerem Kraftaufwande zu Herren weiter und höchst werthvoller Gebiete gemacht. Indesß Deutschland in seiner Besorgniß vor der von Frankreich her drohenden Gefahr sich um die

übrige Welt nicht kümmern konnte, vernachlässigte Oesterreich wegen seiner Stellung in Deutschland und Italien seine Aufgaben im Orient und gestattete hier das Vordringen Rußlands. Dieses und England stehen im Begriffe, sich in die Herrschaft über das Morgenland zu theilen, und sie werden dadurch mit der Zeit den übrigen europäischen Ländern ihre Lebenskraft unterbinden, wenn diese nicht bald ihre im Vergleiche mit ihren Interessen im Südosten kleinlichen Händel einstellen und gemeinsam Front gegen jene beiden alles verschlingenden Mächte machen. Zu keiner Zeit — hieß es in jenem Artikel weiter — ist das Bündniß der drei mitteleuropäischen Reiche eine solche Nothwendigkeit gewesen und hat es so segensreiche Früchte verheißen wie in der Gegenwart. Es handelt sich nicht allein darum, das Unheil abzuwenden, das von Rußland her droht, sondern auch darum, über die betreffenden Völker die Wohlthaten der Civilisation zu verbreiten. Das Programm der drei Mächte würde zunächst sein: kein Fuß breit Erde auf der Balkanhalbinsel darf in den Besitz Rußlands oder Englands übergehen; ferner: das türkische Festland in Europa darf nur den Franzosen, Oesterreichern und Deutschen gehören (in welcher Form, sagt unser Politiker nicht, während dies doch von Wichtigkeit ist). Aber wenn diese Völker sich erst auf der Balkanhalbinsel festgesetzt haben, werden sie auch den Weg nach den Inseln und nach Kleinasien finden und in den dort brachliegenden Ländern neues Leben erwecken und reiche Ernten erzielen. Nicht durch gewaltsamen Anstoß oder Krieg sollen diese Ergebnisse verwirklicht werden, man braucht nur die türkischen Länder nicht in die Hände Rußlands und Englands gerathen zu lassen und sich mit voller Einigkeit für den geeigneten Augenblick bereit zu halten. Neben Interessen von so außerordentlicher Bedeutung schrumpft der Streit über Elsaß-Lothringen zu einer Geringsfügigkeit zusammen.

So das Wiener Blatt, nach welchem die gedachten Verhandlungen vor Abschluß des Bündnisses mit Oesterreich-Ungarn stattgefunden und mit einer Ablehnung der vom deutschen Reichskanzler gemachten Vorschläge von Seiten Frankreichs geendigt hätten. Wir wiederholen, daß wir die Sache so, wie sie hier vorgetragen wird, für unwahrscheinlich halten. Aber niemand wird in Abrede stellen, daß die Gedanken, die der Verfasser entwickelt, trotzdem daß sie mit ihren letzten Zielen zu weit in die Zukunft schweifen, im großen und ganzen viel für sich haben, daß die Herstellung eines dauernden und vorbehaltlosen Einvernehmens Deutschlands mit Frankreich auf dieser Basis nichts weniger als eine Unmöglichkeit für alle Zeiten ist, und daß sie, wenn sie gelänge, ein noch glänzenderer Triumph der Staatskunst sein würde, mit welcher Fürst Bismarck seiner Schöpfung, dem deutschen Reiche, Fortbestand und Gedeihen zu sichern bemüht ist, als die bereits gelungene Herstellung des Bündnisses mit unsern Nachbarn in Oesterreich-Ungarn. Frankreich aber hätte von

einer Versöhnung und Verbindung mit Deutschland nicht minder große Vortheile zu erwarten. Denn dadurch erst wäre die französische Republik vor allen Stürmen sicher gestellt, dadurch erst wäre sie in den Stand gesetzt, ihre auswärtigen Interessen, namentlich die in den Ländern des Mittelmeeres, mit Energie zu verfolgen.

Daß ein Theil der französischen Presse sich den hier entwickelten Gedanken zuzuwenden begonnen hat, ist mit mehreren Beispielen zu belegen. In einer Widerlegung der radicalen Blätter, welche Frankreich die strengste Enthaltung von jeder auswärtigen Action zur Pflicht gemacht, sagte Gabriel Charmes vor etwa acht Tagen im Journal des Débats u. a.: „Unsere Grenze wurde vor zehn Jahren infolge von Niederlagen zerrissen, welche unmittelbar einer verabscheuenswerthen Politik entsprangen. Seit jener Zeit blieben unsere Blicke an der blutenden Wunde unsrer verlorenen Provinzen haften. Das ist nur allzu begreiflich, und wir wollen keineswegs ein Gefühl tadeln, das wir aus Herzensgrunde theilen. Allein man darf nicht vergessen, daß Frankreich noch andere Grenzen als die Vogesen hat, und daß am mittelländischen Meere Ereignisse bevorstehen dürften, die ihm vielleicht noch empfindlicher sein könnten, als was in Elsaß und Lothringen geschah. Gewiß ist die Zeit vorbei, wo das Mittelmeer ein französischer See genannt zu werden verdiente. Es ist nunmehr ein europäischer See, wo alle Nationen an der Ausdehnung ihrer Macht arbeiten. . . . Wenn wir gestatteten, daß die orientalische Frage ohne uns und gegen uns gelöst würde, wenn wir unsere Rechte und die unsrer Bundesgenossen zu wahren versäumten, wenn wir den europäischen Rivalitäten jene schönen Gegenden überließen, wo unser Einfluß ehemals vorwiegend war, so würde dadurch nicht nur unser nationales Ansehen, sondern auch unser materieller Wohlstand getroffen, auf den wir so stolz sind, und der uns manchmal über unser Unglück hinweggeholfen hat. An dem Tage, wo wir im Morgenlande nichts mehr und andere europäische Großmächte (England und Rußland sind gemeint) alles sein werden, wird es um unsern Handel im Mittelmeere, unsere Zukunft in Asien und den Verkehr in unsern südlichen Häfen geschehen, wird eine der ergiebigsten Quellen unseres nationalen Reichthums verstreut sein.“ Da ein Artikel der République Française fast genau dieselben Betrachtungen anstellt, liegt die Annahme nahe, daß die Anregung zu beiden Aufsätzen von einer höhern Stelle ausgegangen ist.

Kurz nach der Zeit, wo der Artikel des „deutschen Reichstagsabgeordneten“ erschien, tauchten infolge der Spannung, welche Gambettas Cherbourger Rede zwischen Deutschland und Frankreich hervorgerufen, in der deutschen und österreichischen Presse Gerüchte von einer Wiederannäherung Rußlands an Deutschland und der Möglichkeit einer Wiederherstellung des sogenannten Dreikaiserbundes auf. In auswärtigen Blättern las man, seit geraumer Zeit schon gebe sich in Petersburg

Geneigntheit kund, der deutsch-österreichischen Allianz beizutreten, und in Berlin begegne man diesen Wünschen mit Sympathie. Beides war offenbar Erfindung oder Mißverständniß der Thatsache, daß Rußland in den letzten Monaten weniger Vereiztheit gegen Deutschland an den Tag gelegt hat als vorher, und daß die deutsche Politik ebenso wenig wie die österreichische Ursache hat, durch Schroffheiten den Nachbar im Osten zu erbittern, daß sie im Gegentheile Befriedigung empfinden muß, wenn es gelingt, den Zusammenstoß mit letzterem, der menschlicher Berechnung zufolge doch einmal kommen muß, noch lange fern zu halten. An ein Bündniß der alliierten mitteleuropäischen Reiche mit Rußland ist, wie die Dinge sich nach dem letzten orientalischen Kriege gestaltet haben, nicht wohl zu denken.

Zwar wird uns von Petersburg her in verschiedenen Tonarten versichert, Rußland sei bereit, die Interessensphäre Oesterreich-Ungarns auf der Balkanhalbinsel zu achten, und der Panславismus habe in Rußland nur wissenschaftliche Bedeutung. Seine Bestrebungen wären zwar in gewissen Momenten einem pathologischen Auswuchse gleich am Organismus der staatlichen Politik emporgewuchert, stets aber habe man sie zur rechten Stunde in den Winkel der Unschädlichkeit zurückverbannt. Er werde die Politik Rußlands niemals bestimmen, und so würde man klug thun, von der Meinung zurückzukommen, Rußland nehme allen Einfluß auf der Balkanhalbinsel für sich in Anspruch. Dasselbe könnte wie früher sich entschließen, sich auf sich allein zurückzuziehen, da es wenig Ursache habe, das, was man seine Isolierung nenne, besonders zu fürchten. Sollte jedoch der Gang der Ereignisse wieder sein actives Eingreifen in die Politik erfordern, so werde es sicherlich nichts versäumen, was es ihm ermögliche, an seiner Seite die Mächte wiederzufinden, welche Stellung und Tradition so lange zu seinen Alliierten gemacht.

Das sind schöne Worte, die aber keine überzeugende Kraft haben. Der panslavistische Gedanke ist in Rußland eine Macht, mit der man rechnen muß, und von der sich die Regierung beim besten Willen nicht losmachen könnte. Der Werth, den eine aufrichtige Annäherung Rußlands an die Coalition Deutschlands und Oesterreich-Ungarns haben könnte, soll nicht unterschätzt werden, da die Türkei kaum noch die Kraft zu langem Leben besitzt. Handelte es sich nur um die Türken, so würde Oesterreich-Ungarn sich ohne allzu große Schwierigkeit mit Rußland einigen können. Die orientalische Frage würde aber mit der Beseitigung der Türkenherrschaft im Südosten Europas keineswegs gelöst sein, sondern erst jetzt brennend werden. Man hätte dann die panslavistische Revolution zu erwarten, deren Endziel die Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie ist, und die in Rußland ihr Centrum und ihre mächtigsten Hilfsquellen hat. Deutschland hat im Orient keine unmittelbaren Interessen zu för-

bern und zu vertheidigen, ist aber gegenwärtig solidarisch mit Oesterreich verbunden, das hierdurch stark genug ist, um eine unabhängige Politik auf der Balkanhalbinsel zu verfolgen. Ein Hinzutreten Rußlands zum Zweikaiserbunde würde eine Verständigung desselben mit Oesterreich voraussetzen, und zu dieser Verständigung würde gehören, daß man russischerseits Oesterreich im Besitze von Bosnien und der Herzegowina ließe und sein weiteres Vordringen nach dem Süden der Hämusländer nicht zu hindern verspräche. Der Plan eines Bundes slavischer Staaten unter Rußlands Hegemonie müßte aufgegeben werden. Daran aber denkt man in Petersburg nicht, und die Vereinigung Ost-rumeliens mit Bulgarien wird von dort aus mit Eifer vorbereitet. Hätte man vor 1879 Oesterreichs Einwilligung zu letzterer durch Zugeständnisse zu erkaufen gesucht, so würde dies in Wien vielleicht nicht abgelehnt worden sein. Jetzt, wo man hier an Deutschland eine feste Stütze hat, ist es kaum denkbar. Rußland will auf seine Absichten in den Balkanländern nicht verzichten, Oesterreich-Ungarn darf die seinigen nicht aufgeben, beide Staaten sind also Nebenbuhler, und ein Zusammengehen beider würde, selbst wenn jetzt ein Abkommen zu Stande kommen sollte, immer ein unnatürliches und in Folge dessen unhaltbares Verhältniß sein. Als Rußland noch die Stelle des Dritten im sogenannten Dreikaiserbunde einnahm, war es lediglich in der Hoffnung beigetreten, seine Verbündeten in seine Bahnen lenken zu können, aber diese Politik hatte nicht den günstigen Erfolg, den Rußland von ihr erwartete, und so wird sie schwerlich wieder aufgenommen werden. Rußlands Blicke sind vielmehr auf England gerichtet, wo Gladstones Schwärmerei für die christlichen Völkerschaften in der europäischen Türkei und sein an Oesterreich gerichteter Zuruf: Hands off! Hoffnungen auf Unterstützung der in Petersburg gehegten Absichten bis zu einem gewissen Grade erregt hat.

Mit vorstehendem sind aber die Combinationen, die sich in den letzten Monaten an die Thatsache des deutsch-österreichischen Bündnisses knüpften und Anschläge an dasselbe empfahlen oder als schon vollzogen berichteten, noch nicht erschöpft. Sobald eine Wendung eingetreten zu sein schien, die an der Einigkeit der sechs Großmächte zweifeln ließ, war, wenn man der Presse Glauben schenken durfte, sofort eine neue Coalition im Entstehen oder bereits fertig. Auf die Nachricht, daß ein Wiederaufleben des Dreikaiserbundes bevorstehe oder mindestens von Rußland gewünscht und erstrebt werde, folgte in einem großen Wiener Blatte die überraschende Kunde, daß Italien, verstimmt über Frankreichs Haltung in der tunesischen Angelegenheit, sich dem verbündeten Mitteleuropa zu nähern suche. Der Ministerrath in Rom habe die Frage behandelt, was angesichts der unfreundlichen Haltung der Pariser Regierung in dieser Sache zu thun sei, um einer Isolierung Italiens vorzubeugen, und Cairoli habe geäußert, er sei ent-

schlossen, sich die Freundschaft Oesterreichs und Deutschlands mit Verzicht auf jeden Hintergedanken und jede Nebenabsicht auf Gebietsvergrößerung zu erwerben. Schon seien Verhandlungen im Zuge, deren Mittelpunkt einstweilen in Berlin zu suchen sei. Die Redaction des Blattes fügte hinzu: „Wir wissen von ganz zuverlässiger Seite, daß diese Andeutungen unseres römischen Correspondenten begründet sind, daß Italien seine Fühler ausstreckt, um die Stimmung in Wien und Berlin zu erforschen, und daß in beiden Hauptstädten das Entgegenkommen Italiens die freundlichste Aufnahme gefunden hat. Natürlich haben wir es hier mit einem Keime zu thun, der sorgsam gehütet und gepflegt werden muß, wenn er sich entwickeln und die Idee eines Bündnisses zwischen Deutschland, Oesterreich und Italien verwirklichen soll. Aber wir legen den größten Werth darauf, daß ein Gedanke, den wir seit Jahren fast ununterbrochen verfochten haben, aus der publicistischen Arena allmählich in die Sphäre der praktischen Politik hinaufsteigt . . . Die Freundschaft Oesterreichs und Deutschlands wurzelt auf festem Grunde, und sie stützt sich auf eine gewaltige Macht. Aber sie muß die Uebermacht gegen jede andere Coalition haben, wenn sie den Frieden dauernd beschützen soll, und diese Uebermacht würde ihr der Beitritt Italiens geben. Nicht als Aschenbrödel also, nicht als Schutzlehende soll Italien an die Seite der beiden Kaiserreiche treten, nicht bloß Vortheile empfangend, sondern auch sie gewährend. Es ist eine schöne Aufgabe, die der italienischen Politik winkt, und wenn Cairoli sie erfüllte, so würde er seinem Vaterlande und der Sache des Friedens einen großen Dienst erweisen.“

Die letzten Betrachtungen unterschreiben wir. An die Wahrheit der Nachricht, daß bereits Versuche zu einer Annäherung Italiens an den Zweikaiserbund gemacht worden, und daß sie Erfolg verhießen, können wir nicht glauben. Gewiß ist, daß eine Spannung zwischen Italien und Frankreich existiert. Dieselbe hat ihren Grund nicht bloß in der tunesischen Frage, sondern es beginnen auch in Aegypten und Syrien Schwierigkeiten aufzutauchen. In Aegypten soll ein internationaler Gerichtshof errichtet werden, und nach den Vorschlägen Frankreichs würde Italien hierbei eine untergeordnete Stellung erhalten, obgleich gerade seine Colonie am Nil und am Delta die älteste und bedeutendste ist. Während England und Frankreich je zwei Stellen bei dem neuen Tribunale besetzen sollen, soll Italien nur eine eingeräumt werden. Die zweite Controverse betrifft den Anspruch der Franzosen, die Beschützung der Katholiken in Syrien und dessen Nachbarländern ausschließlich zu üben und sie folglich auch auf die dortigen Angehörigen Italiens auszudehnen, was letzteres sich nicht gefallen lassen will. Wiederholt sind deshalb Competenzconflicte zwischen französischen Consulen und deren italienischen Collegen vorgekommen, und General Cialdini soll Auftrag erhalten haben, darüber in Paris Vorstellungen zu machen.

Auch hat die Mißstimmung, die in Folge des Auftretens Frankreichs in Tunis unter den Italienern Platz gegriffen hat, in jüngster Zeit Fortschritte gemacht, und die *Liberta*, ein angesehenes conservatives Blatt, sprach sich darüber vor kurzem in ebenso erbitterter als entschlossener Weise aus. „Wir müssen uns klar machen,“ sagte sie, „daß in Tunis eine neue Frage eröffnet ist, und daß Frankreich auf unfreundliche Lösung derselben ausgeht. Wir wollten in Tunis keinen Vorrang, nur den Einfluß, welcher der Zahl unserer dortigen Colonisten entspricht. Wer hat uns den Weg dazu versperrt? Frankreich. Wer will dort allein gebieten? Dasselbe Frankreich. Zurücktreten können wir nicht. Zugucken, daß Frankreich eine Position wie Bizerta einnehme, die der offenen Küste Siciliens gegenüber eine furchtbare Drohung für uns ist, können wir auch nicht. Hindern müssen wir es, und da wir es nicht in Tunis selbst mit den Mitteln friedlicher Verhandlungen hintertreiben können, so müssen wir uns darauf vorbereiten, es in Europa und mit den Waffen zu hindern.“

Das ist eine sehr tapfere Sprache, aber das Blatt, das sie führt, ist nur eine Stimme. Zwar nehmen auch die Moderati Theil an dem Unmuth gegen Frankreich, aber doch mit weit weniger Hitze. Die Liberalen sind noch kühler, und die Radicalen und Irredentisten stehen ganz auf der Seite der Franzosen. Sie wundern sich, daß man Feindschaft gegen Frankreich predige, während man von Feindschaft gegen Oesterreich nichts wissen wolle; hier sei der wahre Gegner, und Trient sei wichtiger als Tunis. Die Opinione aber, das Organ der Exminister Sella und Minghetti, ließ sich über den oben erwähnten römischen Brief des Wiener Blattes u. a. in folgender Weise vernehmen: „Die Rechte wie die Linke erkannten in den letzten parlamentarischen Debatten einmüthig an, daß die Italien allein zusagende auswärtige Politik dieselbe ist, welche von 1870 bis 1876 sich als gut erprobte, die Politik nämlich der aufrichtigen Freundschaft mit allen Mächten, die in keiner Beziehung unsere Actionsfreiheit gegenüber zukünftigen Ereignissen bindet. Das Ministerium nahm diese Empfehlung an und versprach, sich dieselbe als auch seine Meinung ausdrückend zur Richtschnur dienen zu lassen. Was ist nun geschehen, das uns bewegen könnte, jenen Weg zu verlassen und einer Gruppe von Mächten eher beizutreten als einer andern? Ist es richtig, wenn man sagt, unsere Controversen mit Frankreich in Betreff der tunesischen Angelegenheit trieben uns unerbittlich in die Arme Oesterreichs und Deutschlands? Wir sind Freunde Oesterreichs und Deutschlands und wollen das bleiben; aber unsere Freundschaft hat ihre Ursache nicht im Unmuth gegen andere Mächte. Frankreich hat in seiner Politik uns gegenüber gefehlt, der Zwischenfall in Tunis ist verdrießlich, und wir haben nicht bloß einen, sondern tausend Gründe, unsere dortigen Interessen zu vertheidigen. Aber folgt denn daraus, daß wir auf die Freiheit der Wahl am Tage des

Kampfes verzichten müssen? Unsere erste Pflicht ist, diesen Kampf mit allen unsern Kräften zu verhindern. Würde er dann unvermeidlich, so hätten wir das Recht, ihm, so lange er unsere Interessen nicht unmittelbar berührte, fern zu bleiben, und wenn es endlich für uns zur Unmöglichkeit werden sollte, ohne schwere Schädigung unserer Würde und unserer Geltung abseits stehen zu bleiben, so müßte uns noch die Möglichkeit geblieben sein, unter den verschiedenen Wegen denjenigen zu wählen, der unserm Lande wirklich den meisten Nutzen verspräche."

Lesen wir hier, wie erlaubt sein wird, zwischen den Zeilen, so zeigt sich deutlich der charakteristische Zug, daß die Italiener, seitdem ihr Land eine Einheit bildet, immer als die Begehrtesten, von allen Seiten Umworbenen auftreten. Sie suchen nicht ein Bündniß, sondern lassen sich suchen und erwarten einen Preis für ihren Beitritt. Oesterreich soll ihnen dafür Trient, wohl auch noch Triest herausgeben, von Frankreich verlangen sie Einfluß und Ellenbogenraum in Afrika, von England — mit welchem die Florentiner Nazione vor kurzem eine Allianz abgeschlossen sein ließ, die bald darauf als Erfindung bezeichnet wurde — beanspruchen sie ähnliche Zugeständnisse. Sie sehen dabei, wie die „Kölnische Zeitung“ mit vollem Rechte, wenn auch nicht sehr höflich ihnen bemerkte, nicht, daß dies auf Täuschung über den Werth ihrer Freundschaft beruht. Sie taxieren diesen Werth zu hoch. Was gewänne Deutschland an einer Coalition mit Italien? Wenig. Was Oesterreich? Es würde um das Trentino keine Besorgniß mehr zu empfinden brauchen, aber man darf annehmen, daß diese Besorgniß nicht sehr groß ist. Was die Italiener den Franzosen gelten, haben wir gesehen, als letztere sich mit kühler Gemüthsruhe an die allmähliche Einverleibung von Tunis machten und trotz der Entrüstung Italiens über dieses Verfahren dabei verblieben. Italien dagegen hätte von einem Beitritte zu einem mächtigen Staatenbündnisse unzweifelhaft erhebliche Vortheile zu hoffen. Es würde an den Kräften dieses Staatenbündnisses participieren und bis zu einem gewissen Maße über sie verfügen.

Indeß rechnen die Italiener anders. Sie sagen sich, daß die übrigen Mächte mit Beziehungen behaftet sind, welche für sie, die Italiener, nicht existieren, und welche ihnen eine günstigere Stellung verleihen, als jene sie haben. Deutschland und Frankreich sind, wie zu Anfang dieses Artikels gezeigt worden ist, durch ihren fortdauernden Antagonismus in ihrer freien Bewegung gehemmt, Oesterreich und Rußland haben Verwicklungen auf der Balkanhalbinsel zu befürchten. Italien dagegen ist frei von solchen Rücksichten und nach keiner Seite hin gebunden. Es meint darum bei vorsichtigem Abwarten die Gelegenheit ersehen zu können, seine Freundschaft dem einen oder dem andern Staate oder auch dieser oder jener Staatengruppe um Zugeständnisse von größerer Bedeutung zu verkaufen, als die sein würden, die es etwa jetzt erlangen könnte.

Benutzung der politischen Conjunctionen also ist das Programm der auswärtigen Politik Italiens, auf der Lauer liegen, um im rechten Momente mehr als jetzt gelten und daraufhin feilschen zu können. Man glaubt an einen baldigen Zusammenstoß zwischen Rußland und Oesterreich, mit dem auch der Krieg zwischen Frankreich und Deutschland ausbrechen würde. In diesem Falle würde Oesterreich daran gelegen sein, von Süden her nichts befürchten zu müssen, und wenn man in Wien diese Sicherheit nicht mit dem Trentino erkaufen wollte, könnte man in Rom abwarten, wer Sieger bliebe, und, falls Rußland und sein voraussichtlicher Alliierter die Oberhand zu behalten Aussicht hätten, seine Zwecke durch Anschluß an diese erreichen.

Ist diese Rechnung ganz sicher? fragt das rheinische Blatt, um darauf mit Nein zu antworten. Zunächst ist ein baldiger Krieg zwischen Oesterreich und Deutschland auf der einen, Rußland und Frankreich auf der andern Seite eine Vermuthung, zu welcher jetzt wenig Grund vorhanden ist. Sodann aber werden Deutschland und Oesterreich die Freundschaft einer Macht wie Italien zwar zu würdigen wissen, sie aber nicht allzuhoch schätzen, zumal dieselbe — und das ist die Hauptsache — sehr unsicherer Natur ist. „Seit Jahren schon löst in Rom ein Ministerium das andere ab, und der neue Minister des Auswärtigen bringt jedesmal neue Wünsche und Ziele in sein Amt mit. Je länger dieser Zustand dauert, desto schwankender wird die Stellung der Cabinette, desto mehr stellen sich die Bedingungen, an denen ihr Leben hängt, als persönliche Fragen dar, mit denen in eigentlich politischer Weise nicht zu rechnen ist. Eine Sicherheit für die Zukunft, welche fremde Mächte zum Anschlusse einladen könnte, wird demgemäß auch durch die etwa vorhandenen Tendenzen eines gerade im Amte befindlichen Ministeriums in keiner Weise geboten. Tritt hierzu noch die Erkenntniß, daß die politischen Kreise Italiens, aus denen sich die zukünftigen Ministerien rekrutieren würden, nicht an rückhaltslosen Anschluß, sondern an schlaues Ersehen von Gelegenheiten zu Annexionen denken, so ergiebt sich für die italienische Politik ein solcher Grad von Unzuverlässigkeit, daß es geradezu verwunderlich wäre, wenn die andern Großmächte dem Staate Italien Credit genug schenken wollten, um für seine zukünftige Haltung auch nur in der Gestalt von Versprechungen einen Preis zu zahlen.“ Wir halten diese Betrachtungen für durchaus zutreffend, und haben ihnen nur den Wunsch hinzuzufügen, Italien möge in seinem eigenen Interesse bald erkennen, daß sein Heil auf dem bisherigen Wege nicht liegt.